

FSJ – Was ist ein freiwilliges soziales Jahr?

Zielgruppe: ab 8. Jahrgangsstufe



Zielsetzung

Die Schülerinnen und Schüler (SuS) erlangen Kenntnis über den Begriff „Soziales Pflichtjahr“.

Sie besprechen die Bedeutung des sozialen Pflichtjahres für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft.

Verfassungsbezug

Art. 12, Abs. 2,3 GG

Werte



Zeit 15 Minuten



Material

Digitales Endgerät, Papier, Stifte



Ablauf/Unterrichtsmethode/Sozialform

Ablauf	Methode/Sozialform
1 Einstiegsimpuls Die SuS sehen sich gemeinsam den Teaser des Bundesfreiwilligendienstes an. Der Begriff „FSJ“ sowie soziale Pflichtzeit“ wird geklärt. Anschließend diskutieren die SuS über die verschiedenen Aufgaben, die junge Menschen im Rahmen einer sozialen Pflichtzeit übernehmen könnten.	Video (00:00:50) https://www.bundesfreiwilligendienst.de
2 Auswertung des Videos unter der Fragestellung Welche unterschiedlichen Aufgaben kämen auf die jungen Menschen zu? Arbeit mit Kindern, im Verein, im Seniorenheim, Menschen mit Beeinträchtigung, ökologisches Jahr, Bundeswehr <i>Eine Kurzabfrage unter den SuS, wer sich eine Pflichtzeit vorstellen könnte, ist im Anschluss möglich. (FSJ, FÖJ)</i>	Kleingruppen (4-5 SuS) ggf. Kurzabfrage mit Fingerzeig zu jedem einzelnen Stichpunkt
3 Die Bedeutung der sozialen Pflichtzeit – Zitat des Bundespräsidenten Die Lehrkraft (L) stellt die Aussage des Bundespräsidenten Dr. W. Steinmeier vor (siehe Anlage) und bittet die SuS daraufhin, die wesentlichen Aspekte bzgl. der Bedeutung der sozialen Pflichtzeit mit eigenen Worten zusammenzufassen. Welche Bedeutung misst der Bundespräsident der sozialen Pflichtzeit zu? - Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte - Vielfältige Erfahrungen - Empathie, Verständnis - Austausch, Debatten - Möglichkeit zur Kompromissbildung Großes Ziel: Demokratie stärken	Vortrag; Zitat Unterrichtsgespräch

4 Diskussion im Kontext der Kritik an der sozialen Pflichtzeit Ein Begriff wie „Mottenkiste“ kann in diesem Zusammenhang genannt und diskutiert werden. (Begriffsklärung – vgl. Definitionen) Auf welchen Artikel der Verfassung bezieht sich die Kritik? Artikel 12 GG wird eingeblendet und gemeinsam besprochen. Grundaussage: Niemand kann zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer allgemeinen Dienstleistungspflicht. 5 Welche Probleme/Möglichkeiten siehst du in der Festlegung einer sozialen Pflichtzeit? Contra Ein fehlendes Jahr „Lebenszeit“; festgelegt für soziale Arbeit; nicht mehr zeitgemäß; späterer Beginn der Ausbildung, des Studiums ... Pro Zeit des Ausprobierens, sich selbst Kennenlernens; Schulung sozialer Fähigkeiten: Empathie, Zuhören, Verständnis für andere; aus der eigenen Blase herausgehen; Förderung der Demokratie durch eigenen Beitrag ... Zum Abschluss kann erneut die Kurzabfrage „Pro Pflichtjahr - Kontra Pflichtjahr“ erfolgen.	LV, Impuls (mögl. Auswahl an Zitaten, siehe Material) Zitieren des GG Art. 12 Unterrichtsgespräch zur Begriffsklärung Diskussion im Plenum Ergänzung fehlender Aspekte durch die anderen Teilnehmer Daumenprobe
---	---



Tipps:

Aus den Stimmen zum sozialen Pflichtjahr können Aspekte ausgewählt werden oder nur 2 konträre Stimmen angeführt werden.



Begriffserklärungen

Freiwilligenarbeit: individuelle Entscheidung, sich im sozialen Bereich zu engagieren z. B. Verein, Seniorenheim

Soziale Pflichtzeit: Vom Staat festgelegte Zeit sozialen Engagements oder auch bei der Bundeswehr, für alle jungen Menschen geltend.

Literatur/Links

- https://www.bundespraesident.de/DE/bundespraesident/schwerpunkte/soziale-pflichtzeit/soziale-pflichtzeit_node.htmlhttps://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-jenseits-von-wahlen-2024/552911/gesellschaftsdienst-fuer-alle/
- <https://www.fsj.bayern.de>
- Felix Heck, Jan-Philipp Hein u. a., Ein Jahr für Deutschland, in: Fokus Ausgabe 50/6 Dezember 2024, S.32 ff



Materialien:**Aussage des [Bundespräsidenten Dr. W. Steinmeier](#)** (offizielle Seite des Bundespräsidenten)

„Ich bin überzeugt, dass eine soziale Pflichtzeit eine verbindende Erfahrung in einer Gesellschaft der verschiedenen Lebenswege ermöglicht.“

Die Pflichtzeit kann helfen, Menschen ins Gespräch zu bringen und die Demokratie zu stärken.

Wenn Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven in Berührung kommen, sich mit anderen Standpunkten auseinandersetzen und sich in andere Menschen hinein-versetzen, dann sind sie eher bereit, sich zu engagieren, zu debattieren, Kompromisse zu schließen und diese mitzutragen.“

Artikel 12 GG:

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Stimmen zum sozialen Pflichtjahr, zitiert nach Fokus Ausgabe 50/6. Dezember 2024, S.32 ff

Bundesinnenminister Schäuble und CDU-Politikerin Serap Gülem: Es schafft die emotionale Intelligenz sowie die soziale Kompetenz, es entstehen Freundschaften – und Demut;“

Boris Rhein, Mitglied des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland: Pflichtjahr breche Segmentierung der Gesellschaft auf, kann verhärtete Debatten lösen und Menschen versöhnen;

Carsten Linnemann, Mitglied des deutschen Bundestages: Es geht um Zusammenhalt der Gesellschaft, aber auch um die Persönlichkeitsentwicklung;

Franziska Brandmann, Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen: Gesellschaftsjahr gehört ohne große Umschweife direkt zurück in die politische Mottenkiste. Politiker, die diesen Vorschlag machen, sind der Meinung, Bürgerinnen und Bürger müssten durch einen Pflichtdienst zu Anstand erzogen werden. Das ist übergriffig und wird den Menschen in diesem Land nicht gerecht.

Holger Backhaus-Maul, Soziologe am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Vertrag zulasten Dritter, die entweder nicht anwesend sind, weil noch nicht wahlberechtigt, oder in der Minderheit sind. Wir übergeben den jüngeren Generationen die Verantwortung für die von uns maßgeblich verursachten großen ökologischen Probleme, wir hinterlassen soziale Sicherungssysteme, die nicht wirklich zukunftssicher sind, eine Demokratie, die längst nicht mehr stabil wie einst ist, und jetzt auch noch ein Europa mit Krieg.